

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Band: - (1893)
Heft: 11

Artikel: Die Kriegsfrage auf dem Sozialistenkongress in der Tonhalle
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-803270>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER FRIEDE.

Organ des akademischen Friedens-Vereines Zürich

sowie
schweizerischer und anderer Friedensfreunde

enthält das
Bulletin des Internationalen Friedensbureau in Bern.

Wochenschrift für Friedensbestrebungen und für einheitliche Jugenderziehung und Volksbildung.
Sprechsaal für Eltern und andere Erzieher.

Erscheint je Samstags. — **Abonnementspreis:** 90 Cts. per Quartal zuzüglich Porto fürs Ausland. — Druck u. Expedition v. **Hans Kessler**, Buchdruckerei, **Zürich V.**
Redaktion: Ein Komitee für Friedenspropaganda. — Einsendungen beliebe man zu richten an G. Schmid, St. Gallen, Museumstrasse 33.

Inhalt:

Die Kriegsfrage auf dem Sozialistenkongresse in der Tonhalle. — Eine Schande für Preussen. — Neuestes: Sitzung des Zentral-Komitees des Schweizer. Friedens- und Erziehungsvereines; etc. — Lesefrüchte. — Verschiedenes. — Verzeichnis schweizer. Friedensfreunde. — Annoncen.

Die Kriegsfrage auf dem Sozialistenkongress in der Tonhalle.

Für uns Friedensfreunde hat alles ein Interesse, was sich auf den Weltfrieden bezieht und so waren wir nicht wenig gespannt, wie sich die Sozialdemokraten aller Länder zu der Kriegs- oder Friedensfrage stellen würden. Es war das erstemal, dass ein internationaler Kongress, auf dem fast alle Länder der Welt vertreten waren, sich mit der Frage der Einführung des Weltfriedens befasste. Man darf wohl sagen, dass die Augen der ganzen gebildeten Welt nach Zürich gerichtet waren, um zu erfahren, wie sich die Nationalitäten zu dieser Frage stellen würden und was für ein Beschluss zu Stande kommen würde. Der Verlauf des Kongresses hat wohl jedermann enttäuscht und niemand wird durch die Haltung der Delegierten in dieser Angelegenheit befriedigt worden sein. Was da beschlossen wurde, war so nebulos und kraftlos, dass man es ruhig einen Schlag ins Wasser nennen kann. Dieser Frage waren die Anwesenden jedenfalls nicht gewachsen, denn das Resultat der Debatte war ein klägliches. Die Kriegsfrage wurde leider gar nicht ihrem Werte nach behandelt, sondern man ging darum herum wie die Katze um den heissen Brei. Man beschäftigte sich weder direkt mit dem Krieg noch mit der Abrüstung, sondern packte den Kapitalismus an den Ohren und schlug auf diesen los — mit Worten. Nun ist es ja jedem klar, dass der Kapitalismus, resp. unsere ganze wirtschaftliche Organisation aufs innigste mit der Kriegsfrage zusammenhängt, aber man wird nie und niemals das Eine aus der Welt schaffen können, ohne das Andere ebenfalls zu bekämpfen. Aus diesem Grunde ist die Fassung: „Die Vernichtung des Kapitalismus ist der Weltfriede,“ eine Phrase, welche die Furcht verdecken soll, dem Moloch Militarismus und Krieg direkt den Krieg zu erklären. Diese Auffassung hat sich nach dem Kongress in den breitesten Schichten Bahn gebrochen und wird es auch in Zukunft tun.

Eigentümlich berührt es, dass es gerade die Deutschen waren, welche den Kongress in einer Weise beeinflussten, dass er in der Kriegsfrage diese

Zwitterstellung einnahm. Da kam der Erbfehler der Deutschen wieder zur Geltung, viel zu theoretisieren, aber wenig zu handeln. Wir tun am besten, wenn wir die beiden Anträge, um die es hauptsächlich zum Kampfe kam, im Wortlaut hier folgen lassen.

Antrag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Der Kongress beschliesst, die internationale Arbeiterpartei einzuladen, sich bereit zu halten, um unverzüglich auf eine Kriegserklärung durch die Regierung mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung zu antworten, überall da, wo die Arbeiter einen Einfluss auf den Krieg ausüben können und in den fraglichen Ländern die Kriegserklärung zu beantworten mit einer militärischen Dienstverweigerung.

Antrag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluss des Brüsseler Kongresses über den Militarismus scharf bezeichnet. Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie hat in allen Ländern mit Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gelüsten der herrschenden Klasse entgegenzutreten, das Band der Solidarität um die Arbeiter aller Länder immer fester zu schlingen und unablässig auf die Beseitigung des Kapitalismus hinzuwirken, der die Menschheit in zwei feindliche Heerlager geteilt hat und die Völker gegeneinander hetzt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede. —

Auf den ersten Blick sieht man, welcher von beiden Anträgen Fleisch und Blut hat, der holländische oder der deutsche. Auf der einen Seite ein praktischer Vorschlag, abgesehen von seiner augenblicklichen Durchführbarkeit; auf der andern Seite ein tönendes Phrasengeklingel, das man am besten übersetzt mit dem Sprichworte: „Wasch' mir den Pelz, aber mache ihn nicht nass.“ Für Sozialdemokraten machte es sich auch eigentümlich, auf welche Art der Antrag Hollands bekämpft wurde. Keine Nationalität trat ihm im Prinzip entgegen, sondern jede sympathisierte mit ihm, hielt ihn nur für unausführbar. Die Sozialdemokratie ist sonst nicht dafür bekannt, vor fast Unausführbarem zurückzuschrecken, es müssen also wohl noch Erwägungen anderer Natur hinzugekommen sein; das wollen wir im nächsten Artikel zu beweisen suchen.